

II- 118 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 98 N

1979 -07- 10

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Leibenfrost  
und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Verkehr  
betreffend Telefonausbau in der Gemeinde Luftenberg

In der Gemeinde Luftenberg, Bezirk Urfahr-Umgebung, warten ca. 360 Interessenten der Telefonanschlußgemeinschaft Statzing meist seit ca. 10 Jahren auf den beantragten Fernsprechananschluß. Alle bisherigen Bemühungen, zu Lösungen zu kommen, blieben ohne Erfolg.

Nach jahrelangen Wartezeiten und mehrfachen Interventionen führte zunächst der Vorschlag, einen sogenannten Container-Betrieb als Provisorium einzurichten, zu einer Zusage der örtlichen Stelle. Der Telefonanschluß für die Mitglieder der Gemeinschaft sollte im Jahre 1978 hergestellt werden. Diese Zusage wurde nicht eingehalten.

Neue Vorschläge für die Aufstellung eines Containers in Mieträumen (zum ortsüblichen Preis), die unmittelbar an das Postamt angrenzen, werden als nicht zielführend verworfen. Darüber hinaus liegen über den Zeitpunkt des Ausbaues eines neuen Wählamtes in St. Georgen a.d. Gusen als Voraussetzung für künftige Anschlußmöglichkeiten unterschiedliche Aussagen der zuständigen Stellen vor.

-2-

Der Unmut und das Mißtrauen der Mitglieder der Telefongemeinschaft Statzing gegenüber den Erklärungen der kompetenten Stellen erscheint daher mehr als verständlich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Aus welchen Gründen wurde von den für das Jahr 1978 in Aussicht gestellten Telefonanschlußmöglichkeiten (Containerbetrieb) Abstand genommen?
2. Besteht seitens der Postverwaltung die Bereitschaft, bei einem Anbot von Mieträumen (zu ortsüblichen Bedingungen), die in Verbindung mit dem Postamt stehen, einen provisorischen Containerbetrieb zur Versorgung der Telefongemeinschaft Statzing einzurichten? Wenn ja, bis wann kann mit einer Realisierung gerechnet werden? Wenn nein, welche Gründe sprechen gegen eine solche Lösung?
3. Welche sonstigen Maßnahmen können vom Bundesministerium bzw. von der Post- und Telegraphendirektion für Oberösterreich und Salzburg gesetzt werden, um einen ehestmöglichen Telefonanschluß für die Interessenten zu erreichen?
4. Wann ist mit der Inbetriebnahme eines neuen Wählamtes in diesem Gebiet zu rechnen und bis zu welchem Zeitpunkt kann dann mit der Herstellung der beantragten Telefonanschlüsse für die Mitglieder der Telefongemeinschaft Statzing gerechnet werden?